

## Editorial

### Wissenschaftsförderung in Zeiten der Krise

Krisen erhöhen den Bedarf an Orientierungswissen und wissenschaftlicher Expertise. Es ist deshalb nicht ungewöhnlich, dass in Zeiten der Ungewissheit verstärkt öffentliche Gelder für die Förderung der Wissenschaft bereitgestellt werden. Genauso häufig führt die punktuelle Intervention des Staates in das Wissenschaftssystem allerdings zu Unwuchten, zur Verstärkung struktureller Probleme, ja zu Fehlsteuerungen. So verständlich es ist, kurzfristig Steuermittel zu investieren, um dringend benötigte Expertise am besten in Form praktikabler Lösungsvorschläge zu erhalten, so kurzsichtig und an der Realität des Wissenschaftsbetriebs vorbei geplant sind solche Strategien oftmals. Natürlich muss die Wissenschaft (und zumal die Sozialwissenschaften) in Krisenzeiten in die gesellschaftliche Pflicht genommen werden dürfen und auf *policy*-Relevanz und Wissenstransfer gepocht werden, jedoch dürfen solche Appelle nicht auf Kosten der Grundlagenforschung gehen und die Qualitätsstandards der Wissenschaft unterlaufen.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die Forschung – zunächst die Terrorismusforschung, dann die Sicherheitsforschung, letztlich aber auch die Internationalen Beziehungen (IB) und die Politikwissenschaft insgesamt – von zusätzlich bereitgestellten Fördermitteln profitiert. Dies hat sich in den letzten Jahren, befeuert durch weitere Krisenwahrnehmungen im Sicherheitsbereich, die Weltfinanzkrise und gegenwärtige Migrationsbewegungen noch verstärkt. Allerdings sind diese Mittel in der überwiegenden Zahl der Fälle zweckgebunden: Ihre Verwendung ist thematisch so eng definiert, dass die Fragestellungen nicht aus dem wissenschaftlichen Diskurs selbst stammen, sondern gleichsam aus der Politik, häufiger noch aus der Wissenschaftsverwaltung vorgegeben werden. Diese Form der Außensteuerung führt, um das Beispiel der Sicherheitsforschung heranzuziehen, gelegentlich zu absurden Resultaten, wenn etwa eine sozialwissenschaftliche Fragestellung zur Online-Radikalisierung von Jugendlichen vom Verein Deutscher Ingenieure, als Projektträger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), so umformuliert wird, dass sie auf die Entwicklung technischer Kontrollmechanismen hinausläuft.

Das ist kein Einzelfall und ist sicherlich auch nicht allein von Krisenphänomenen angetrieben, sondern gleichermaßen von einem unerschütterlichen Glauben an die politischen Möglichkeiten sozialer Steuerung und effizienten Politikmanagements, der längst auch die Wissenschaftspolitik durchdrungen hat. In Deutschland lässt sich das etwa in der Programmförderung des BMBF nachzeichnen; in Europa wurde im Zuge des neuen Forschungsprogramms *Horizon 2020* geradezu ein Paradigmenwechsel in der Forschungsförderung eingeleitet. Die Förderpraxis wird immer

stärker an Praxis- und Effizienzkriterien ausgerichtet, die den Mehrwert der Forschung für die Gesellschaft sichern und »redundante Forschung« auf europäischer und nationaler Ebene verhindern sollen. Folglich gibt es immer mehr Programmförderung und immer weniger Projektförderung. Europäische und nationale Forschungsförderer sollen stärker komplementär arbeiten, das heißt was auf europäischer Ebene gefördert wird, soll nicht mehr auf nationaler Ebene gefördert werden und umgekehrt. Das ist insbesondere dann misslich, wenn sich Staaten an »Gemeinsamen Programm-Initiativen« auf europäischer Ebene nicht beteiligen und es damit WissenschaftlerInnen aus ihrem Land unmöglich wird, sich an europäischen Ausschreibungen zu beteiligen, gleichzeitig aber das Thema auf nationaler Ebene nicht mehr gefördert werden kann.

Der Idee komplementärer Forschungsförderung liegt ein naives Wissenschaftsverständnis zugrunde, das davon ausgeht, dass es für jedes Problem genau eine (zumeist technische) Lösung gibt und folglich *eine* Ausschreibung und in der Regel *ein* Forschungsprojekt hinreicht. Wissenschaftliche Innovationen (wie auch technische) sind aber in diesem Sinne selten plan- und steuerbar, sondern beruhen oftmals auf Zufällen. Häufig entstehen Innovationen aus Forschung, die zunächst ganz andere Ziele verfolgt, als Nebenprodukt. Problemlösungen kommen darüber hinaus oftmals erst in *trial-and-error*-Verfahren zustande, was schon anklingen lässt, dass es kaum je die *eine* Lösung gibt. Demgegenüber wäre darum ein Wissenschaftsverständnis in Stellung zu bringen, das unterschiedliche Perspektiven sowie den Wettbewerb von Ideen und Vielfalt zulässt und fordert – auch auf die Gefahr hin, »redundante« Forschung zu fördern.

Politische Relevanz und Wissenstransfer sind gegenwärtig die entscheidenden Kriterien, an denen sich Forschung, die von staatlicher Sonderförderung profitiert, messen lassen muss. Das führt dazu, dass schon in den Ausschreibungen häufig technischen Problemlösungen Vorzug vor sozialwissenschaftlichen Problematisierungen gegeben wird oder Ausschreibungen so eng geführt werden, dass nur Industrieanwender überhaupt erfolgreich beantragen können. Endnutzerberücksichtigung ist das Schlagwort in *Horizon 2020* geworden. Gemeint sind damit in vielen der Ausschreibungen die privatwirtschaftliche Industrie oder Behörden.<sup>1</sup> Sozialwissenschaftliche Perspektiven finden dann nur noch am Rande statt oder kommen gar nicht zum Zuge, denn Grundlagenforschung ist kaum für Behörden oder Unternehmen direkt nutzbar zu machen. Das böse Wort von der »Akzeptanzforschung« mag überzogen und sozialwissenschaftliche »Begleitforschung« richtig und wichtig sein, aber darüber hinaus müsste auch im Rahmen europäischer und nationaler Forschungsprogramme Grundlagenforschung geleistet werden. Das gilt zumal für die Sicherheitsforschung, die eine gewisse Distanz zu Behörden und Unternehmen wahren muss, wenn sie mehr sein soll als freundliche Evaluierungskunde.

---

1 In etlichen Ausschreibungen unter *Horizon 2020* ist es beispielsweise Bedingung, dass EndnutzerInnen Teil des Konsortiums sind. Ähnliches gilt auch für BMBF-Ausschreibungen.

Ein neuer Höhepunkt dieser Form der Außensteuerung von Wissenschaftsförderung, wenn man es denn noch so nennen will, ist das neue Rüstungsforschungsprogramm der Europäischen Union (EU), das ganz offen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie zum Ziel hat. 500 Millionen Euro sollen dafür direkt aus dem laufenden EU-Haushalt für Forschung bereitgestellt werden.<sup>2</sup>

Dass es im Übrigen mit der Praxisrelevanz technischer Sicherheitsforschung nicht weit her ist, hat vor Kurzem die Wochenzeitung »DIE ZEIT« aufgedeckt. Im Grunde dokumentierte sie, was eigentlich längst bekannt ist, nämlich dass es ein »dichtes und schwer durchschaubares Netz aus Lobbyisten, Politikern, Forschern und Industriellen«<sup>3</sup> gibt, die sich selbst und wechselseitig aus den Töpfen europäischer und nationaler Forschungsförderung bedienen. Dabei habe keines der zehn teuersten EU-Sicherheitsforschungsprojekte je zu einem Produkt geführt, das die Sicherheit der Gesellschaft erhöht hätte. Und doch sind es immer wieder die Sozialwissenschaften, die sich rechtfertigen und ihre Relevanz unter Beweis stellen müssen. Zu gerne wird ihnen ein Leben im Elfenbeinturm vorgeworfen und ein abgehobenes Verhältnis zu den politischen Realitäten, eine Klage, in die auch gern manch KollegIn einstimmt.<sup>4</sup>

Dass diese Kritik aber häufig auch nur vorgeschoben ist, um politisch missliebige Expertise zu denunzieren und dann an anderer Stelle mit dem Hinweis auf dringend benötigte Krisenforschung nicht geahnte Fördermittel zu vergeben, hat man jüngst beispielsweise im Konflikt um das »Bundesinstitut für gesellschaftlichen Zusammenhalt« in Dresden beobachten können.<sup>5</sup> Sicher, Flucht und Migration, Asyl und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind – leider im wörtlichen Sinne – brennende Themen. Sie mit staatlichen Mitteln gezielt verstärkt zu erforschen hat gute Gründe. Es ist aber unabdingbar, dabei die Vergabekriterien von Fördermitteln und die Qualitätsstandards der Wissenschaft im Blick zu behalten, weil sonst alle Beteiligten in Mitleidenschaft gezogen werden und die Integrität der Forschung leidet.

Natürlich bringt jede öffentliche Forschungsförderung eine Außensteuerung von Wissenschaft mit sich und diese ist auch notwendig, um die Wissenschaft immer wieder an ihren öffentlichen Auftrag zu erinnern und sie zu nötigen, über die ge-

---

2 »European Defence Action Plan: Towards a European Defence Fund«, in: European Commission Press Release Database, 30.11.2016, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-4088\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-4088_en.htm); 7.3.2017.

3 *Biermann, Kai/Fuchs, Christian* 2017: 800.000 Euro für einen Terror-Airbag, der nie fertig wurde, in: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/sicherheit-technik-eu-forschung-fraunhofer-gesellschaft>; 7.3.2017.

4 Vgl. z. B. *Masala, Carlo* 2017: Auf dem Rückzug. Die Politikwissenschaft ist inhaltsleer und irrelevant, in: <http://www.zeit.de/2017/07/politikwissenschaft-wissenschaftler-forschung-gesellschaftliche-relevanz>; 6.3.2017.

5 Vgl. »Konservativer Thinktank mit Bundeshilfe? Streit um Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt«, in: *Der Tagesspiegel*, 3.2.2017, <http://www.tagesspiegel.de/wissen/konservativer-thinktank-mit-bundeshilfe-streit-um-institut-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt/19340968.html>; 4.3.2017 und »Konservativer Thinktank«, in: *taz – Die Tageszeitung*, 30.1.2017, <http://www.taz.de/15375465/>; 4.3.2017.

sellschaftliche Relevanz ihrer Forschungen zu reflektieren. Diese darf aber nicht zum alleinigen Referenzrahmen guter Forschung werden. Forschung muss redundant sein dürfen, sie muss abseits direkter Verwertbarkeit organisiert und durchgeführt werden und sie muss sich den wissenschaftsinternen Gütekriterien von Erkenntnis und Forschungspraxis unterwerfen. Dies einzufordern ist primär Aufgabe der WissenschaftlerInnen, die sich von der mittlerweile allgegenwärtigen Jagd auf Drittmittel nicht so weit vereinnahmen lassen dürfen, dass sie diese Problematiken aus Angst vor Wettbewerbsnachteilen gar nicht mehr zu thematisieren vermögen.

Angst, Probleme zu thematisieren, haben die Gutachterinnen und Gutachter der zib erfreulicherweise nicht, denen wir darum für ihre Arbeit im zurückliegenden Jahr 2016 wieder herzlichen Dank schulden. Dieser geht an:

Mathias Albert	Regina Hack	Falk Ostermann
Mariano Barbato	Axel Heck	Eva Ottendörfer
Britta Baumgarten	Anna Holzscheiter	Valentin Rauer
Peter Becker	Christoph Humrich	Tatjana Reiber
Berit Bliesemann de Guevara	Daniel Jacobi	Manuela Scheuermann
Manuela Boatcă	Fatima Kastner	Rainer Schmalz-Bruns
Thorsten Bonacker	Kai Koddenbrock	Henning Schmidtko
Tanja Börzel	Reinhardt Kößler	Ursula Schröder
Raphael Bossong	Christian Kreuder-Sonnen	David Shim
Lars Brozus	Andreas Kruck	Thomas Sommerer
Robin Celikates	Daniel Lambach	Alexander Spencer
Matthias Dembinski	Claudia Landwehr	Michael Staack
Thomas Diez	Matthias Leese	Bernhard Stahl
Alena Drieschova	Andrea Liese	Jens Steffek
Bettina Engels	Bastian Loges	Stephan Stetter
Stefan Engert	Tim Luecke	Rudolph Stichweh
Susanne Fischer	Kerstin Martens	Ingo Take
Oliver Flügel-Martinsen	Hanns Maull	Thorsten Thiel
Angela Geck	Judith Mohrmann	Wolfgang Wagner
Thomas Gehring	Aletta Mondré	Martin Weidinger
Tim Engartner	Franziska Müller	Bernhard Zangl
Katharina Glaab	Holger Niemann	Susanne Zwingel
Jennifer Gronau	Peter Niesen	
Zuhal Yeşilyurt Gündüz	Andreas Nölke	